

Schweizerisches Aktionskomitee gegen staatliches Preisdiktat  
Presseausschuss, Postfach 1032, 3001 Bern/Geschäftsstelle,  
Postfach 502, 8034 Zürich, Tel. 01 / 74 12 51

---

Bern, 22. November 1982 AS/flo

An die Redaktionen der  
deutschsprachigen Presse

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits in drei Tagen sind die ersten Urnen für die eidgenössische Abstimmung geöffnet. Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie nochmals die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf die mehr als nur fragwürdigen "Errungenschaften" einer permanenten oder auch nur temporären Preisüberwachung aufmerksam machen könnten.

Zu diesem Zwecke stellen wir Ihnen nochmals eine Reihe von skeptischen Stimmen einer Reihe von Parlamentarierinnen, die auf die Gefahren einer Preisüberwachung und deren kontraproduktiven Seiten aufmerksam machen, zu Ihrer freien Verfügung.

In seinem Schlussappell bittet das Komitee aus Ueberzeugung den Souverän um eine Verwerfung der beiden Preisüberwachungsvorlagen.

Bereits jetzt möchte Ihnen das Komitee für Ihre Unterstützung danken.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE  
GEGEN STAATLICHES PREISDIKTAT

Der Presseausschuss

Beilagen erwähnt

Schweizerisches Aktionskomitee gegen staatliches Preisdiktat

Postfach 502, 8034 Zürich, Tel. 01 / 74 12 51

---

Eidgenössische Volksabstimmung:

Für ein doppeltes Nein

Die Stabilität der Preise lässt sich nur durch die Respektierung der freien Marktwirtschaft erreichen. Beste Garantien für eine gesunde Wirtschaft sind eine liberale Aussenhandelspolitik und die Stärkung einer wirksamen Wettbewerbsfähigkeit. Staatliche Eingriffe - seien sie permanent oder auch nur temporär - führen zu Verzerrungen, die weder der Wirtschaft noch dem Konsumenten dienen.

Deshalb bittet das Schweizerische Aktionskomitee gegen staatliches Preisdiktat die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am nächsten Wochenende zur Preisüberwachung ein doppeltes Nein in die Urne zu legen. Zwar ist der Kampf gegen die Teuerung nötig, doch lässt er sich nicht mit staatlichem Interventionismus und überbordender Bürokratie führen.

Wenn es Missbräuche auf dem Markt zu bekämpfen gäbe, wäre immer noch eine Abhilfe durch das Notrecht möglich. Solches Notrecht aber würde wiederum der Kontrolle des Volkes unterstehen, so dass nicht auf Zeit oder gar Dauer die freien Wirtschaftskräfte gestört würden. Nach Ansicht des Komitees entscheidet gut, wer am 28. November sowohl die dirigistische Initiative wie auch den Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte zur Preisüberwachung ablehnt und mit einem doppelten Nein zur freien Marktwirtschaft und ihren regulierenden Kräften steht.

Für das Schweizerische Aktionskomitee gegen staatliches Preisdiktat:

Ständerat Edouard Debétaz (FDP/VD)

Nationalrat Gislbert Coutau Lib./GE)

Kurt Schüle (FDP/SH)

Dr. Rudolf Sarasin, Präsidender der Liberalen  
Partei der Schweiz

## Keine falschen Hoffnungen in die Preisüberwachung!

---

Von Susi Eppenberger, Nationalrätin, Nesslau SG

Die Preisüberwachung, über die wir am kommenden Wochenende abzustimmen haben, weckt Hoffnungen und Illusionen, die nicht zu erfüllen sind. Auch dann nicht, wenn ein sympatisch wirkender und populärer Preisüberwacher als Vaterfigur über die Preise wacht und als Klagemauer dient. Wichtiger als ein Preisüberwacher sind eine offene Information und eine Konsumentenschulung, die bereits in der Familie und in der Schule beginnen muss.

Die Möglichkeit, Qualitäten und Preise zu prüfen und zu vergleichen, muss überall vorhanden sein, vor allem in Supermärkten und bei Grossverteilern. Etwas weniger nötig ist sie im Spezialgeschäft oder im Quartierladen, wo der Kunde eine konsumentennahe, fachmännische und persönliche Betreuung genießt. Hingegen wird manche Hausfrau durch die Anonymität und die werbewirksamen, vollgestopften Auslagen der Warenhäuser verunsichert, sodass sie für Entscheidungshilfen bezüglich Preis und Qualität dankbar ist. Dazu braucht es aber keinen allwissenden, allgütigen und alleskönnenden Preisüberwacher im hohen Olymp der Bundesverwaltung...

Ein solcher weckt nur Illusionen, die nicht erfüllt werden können. Man erwartet von ihm einen möglichst niedrigen Preis für alles. Dabei kann durchaus das Gegenteil eintreten, dann nämlich, wenn die Produzenten mögliche Preisreduktionen nicht vornehmen, weil sie sonst Gefahr laufen, ihre Preise später nicht oder nicht mehr rechtzeitig wieder heraufsetzen zu können.

Im Fall einer nur zeitweiligen Preisüberwachung, wie sie der Gegenvorschlag vorsieht, müsste sich ein Preisrückstau ergeben, der stets wieder lawinenartig ausgeglichen würde. Eine einmal eingeführte Preisüberwachung würde daran nichts ändern und würde auch nicht stets zeitgerecht wieder ausser Kraft gesetzt werden.

Die Popularität des Preisüberwachers darf uns nicht zum irrigen Glauben verleiten, dass er es war, der in der Schweiz die Teuerung der siebziger Jahre in den Griff bekommen hätte. Nein, unter seinem Zepter stieg die Teuerung von 7 auf 12 Prozent und fiel erst massiv durch den Uebergang zu flexiblen Wechselkursen und die rasch einsetzende Rezession.

Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Teuerung ist also nicht eine Preisüberwachung sondern die staatliche Globalsteuerung der Wirtschaft durch eine klare Geld- und Finanzpolitik. Deshalb sollten wir eine ständige Preisüberwachung ablehnen. Kapitulieren wir nicht vor einer populären Institution, die nichts bringt, die aber sicher zwanzig Bundesstellen braucht, und dies in einem Zeitpunkt angespannter Wirtschaftslage und katastrophaler Staatsfinanzen.

Eine "Nütz's nüt- ,so schad's nüt-Politik" ist eine schlechte Politik, der wir am 28. November mit zweimal Nein begegnen.

## Mit Preisüberwachung gegen das Lädeli?

Die permanente Preisüberwachung ist wettbewerbspolitisch kontraproduktiv; sie führt zu einheitlichen Kosten- und Kalkulationsschemata und zieht damit neue Kartelle und kartellähnliche Gebilde nach sich. Die permanente Preisüberwachung fördert die Konzentration, sie fördert die mächtigen und grossen Unternehmen. Der Kleinbetrieb, etwa der Laden um die Ecke, bleibt bei der Preisüberwachung letztlich auf der Strecke. Wenn man schon für eine breitgefächerte Versorgung des Landes eintritt, für die Erhaltung der Quartierläden und für die Kleinbetriebe, dann sollte man nicht in der politischen Praxis diese Kleinbetriebe wirtschaftlich und administrativ fertig machen wollen.

Nationalrat Heinz Allenspah, FDP Zürich

Preisüberwachung:

Schlechte Beispiele noch und noch

Frankreich kennt seit mehr als drei Jahrzehnten das Regime der Preiskontrolle. Dass deswegen Frankreich keine Inflation hätte, davon ist uns nichts bekannt. Das einzig sichtbare Ergebnis in unserem westlichen Nachbarland ist die Schwächung der Marktwirtschaft und die Stärkung der übermächtigen Zentralverwaltung. Solches kann wahrhaftig nicht zur Nachahmung empfohlen werden. Oder ist jemand allen Ernstes der Meinung, die schweizerische Wirtschaft werde von dermassen verantwortungslosen und geldgierigen Landsleuten geleitet, dass es an der Zeit sei, diese alle zu bevormunden und einem eidgenössischen Preisvogt zu unterstellen?

Nationalrat Walter Röthlin, CVP Obwalden

## Marktkräfte nicht stören!

Eines der bedeutendsten Elemente unserer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung ist der Wettbewerb und die Bildung der Preise durch die Marktkräfte. Wettbewerb zwingt den einzelnen Unternehmer, sich laufend den geänderten Marktbedingungen, den Marktbedürfnissen anzupassen. Ein harter Wettbewerb garantiert überdies eine entsprechende Effizienz der Wirtschaft, indem die Unternehmer - grosse und kleine - zur Rationalisierung und Innovation gezwungen werden. Dauernde staatliche Eingriffe in die Preisbildung zerstören demgegenüber den Wettbewerbswillen der Wirtschaftsteilnehmer; sie sind daher grundsätzlich mit unserem freien Marktsystem nicht vereinbar. Fehlender Wettbewerb führt auch zu einer Ueberalterung der Strukturen und zu mehr oder weniger statischem Verhalten. Den Interessen des Konsumenten, die hier im Vordergrund stehen, ist mit Wettbewerb und Preisen, welche auf dem Markt gebildet werden, weit besser gedient als mit behördlich kontrollierten Preisen.

Ständerat Jakob Stucki, SVP Zürich

## Preisüberwachung ist kontraproduktiv

Eine dauernde Preisüberwachung, wie die Initiative sie verlangt, institutionalisiert permanente staatliche Eingriffe in den freien Preismechanismus, was unvereinbar ist mit einem Grundprinzip unseres marktwirtschaftlichen Systems. Auf die Dauer erweist sich jedes Regime der Preiskontrolle oder der Preisüberwachung als kontraproduktiv, weil es zur Fixierung von Höchstpreisen führt, weil es schlechtere Produktequalitäten nach sich zieht und insbesondere weil es einen Druck auf die Löhne bewirkt. Was diesen letzten Punkt betrifft, habe ich nie verstanden, weshalb gerade die Kreise, welche als Verteidiger der Arbeitnehmerinteressen auftreten, sich für eine dauernde Preisüberwachung so stark machen; denn eine solche Massnahme wendet sich gegen die Angestellten und die Arbeiter und beschränkt im Endeffekt die Kaufkraft der Konsumenten. Der Gegenvorschlag mit seiner Kompetenzdelegation an den Bundesrat weist seinerseits drei Hauptnachteile auf. Erstens schliesst er die Bundesversammlung vom Entscheid über die Inkraftsetzung einer Preisüberwachung aus; dabei ist eben gerade dieser Entscheid politisch bedeutungsvoll. Zweitens schliesst er, im Gegensatz zum System des Dringlichkeitsrechts gemäss Art. 89bis Abs. 2 BV, die Kantone vom Entscheid aus. Drittens setzt er den Bundesrat einer Vielzahl von übermässigen Pressionen aus, sowohl von Seiten des Parlaments wie von Seiten der Verwaltung.

Ständerat Hubert Reymond, Lib. Waadt

## Preisüberwachung: Vor einem Sündenfall?

---

Von Nationalrat Kurt Schüle, Schaffhausen

Am nächsten Sonntag hat das Schweizer Volk zu entscheiden, ob es eine ständige Preisüberwachung oder eine solche wenigstens in Zeiten hoher Teuerung will oder auf eine verfassungsmässige Preisüberwachung weiterhin verzichten will. Der von drei Konsumentinnen-Organisationen lancierten Volksinitiative "zur Verhinderung missbräulicher Preise" ist ein Gegenvorschlag gegenübergestellt worden, der statt einer permanenten, wettbewerbsspolitischen Preisüberwachung lediglich eine konjunkturpolitisch motivierte, befristete Preisüberwachung vorsieht.

In der Sache ist die Situation für jeden klar, der auf dem Boden der freien Marktwirtschaft steht: Einem offenbar populären Anliegen muss aus Ueberzeugung eine klare Absage erteilt werden, wollen wir einen bedenklichen ordnungspolitischen Sündenfall vermeiden. Wir laufen nämlich Gefahr, einer falschen Staatsgläubigkeit zu verfallen und dem Bürger staatliche Machbarkeit zu suggerieren, die es gar nicht gibt.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass staatliche Preisüberwachung mit unserer freien Marktwirtschaft grundsätzlich unvereinbar ist. Dafür gibt es prominente Zeugen, sogar aus der Preisüberwachungsszene selbst: Vor der fachlich sicher kompetenten Zuhörerschaft der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft hat anfangs 1975 der damalige Preisüberwacher Schlumpf festgestellt, "dass das Instrument der Preisüberwachung mit unserem Wirtschaftssystem nicht vereinbar ist und daher als notrechliche, befristete Uebung verstanden werden muss". Nun: der Appetit kommt bekanntlich mit dem Essen: Aus der notrechlichen Uebung soll jetzt nach Meinung der Initianten wie des Bundesrates und Parlamentes eine verfassungsmässige Institution werden.

Die Initianten sprechen von sogenannt "vermachteten" Märkten und begründen ihre Initiative damit, dass in weiten Bereichen der schweizerischen Wirtschaft der Wettbewerb weitgehend oder

vollständig fehlen soll. Die freie Konkurrenz sei durch das Vorhandensein der Kartelle und von kartellartigen Absprachen beschränkt, der Preis werde gar nicht vom Markt, sondern von den Unternehmern bestimmt. Auch müssten die staatlichen Monopolbereiche in ihrer Preispolitik durch einen unabhängigen Preisüberwacher überprüft werden können. Man glaubt, die Preisüberwachung bringe für den Konsumenten tiefere Preise, sei ein Mittel zur Teuerungskämpfung.

Wettbewerb ist durch Interventionismus nicht zu ersetzen

Die Volksinitiative "zur Verhinderung missbräuchlicher Preise" hat zwar - im Gegensatz etwa zum Gegenvorschlag - einen wirtschaftspolitisch richtigen Ansatzpunkt: beim Wettbewerb nämlich, dessen Funktionieren in einer freien Marktwirtschaft von grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Initiative will die Preise der privaten wie der öffentlichen marktmächtigen Unternehmungen in den Griff bekommen. Wenn nun aber der Staat Einfluss auf die Preise nimmt, und er kann dies nur, indem er auf das Kostenprinzip abstellt, so wird gerade jenes Steuerungsmittel ausgeschaltet, das uns eine effiziente Volkswirtschaft garantiert. Die Marktpreise sind für den Unternehmer das entscheidende Signal, ob er mehr oder weniger produzieren und damit auch mehr oder weniger investieren soll. Greift der Staat mit einer Preisüberwachung hier ein, so ersetzt er Wettbewerbspolitik durch staatlichen Interventionismus. Die Initiative wie der Gegenvorschlag gehen dabei von der irrigen Annahme aus, dass staatliche Beamte in der Lage sein sollen, den angeblich richtigen und gerechten Preis festzusetzen. Staatliche Preisüberwachung zur Ansetzung gerechter Preise ist und bleibt aber eine Illusion. Sie fördert nämlich nicht den unbestrittenen erwünschten Wettbewerb, die Preisüberwachung versucht vielmehr, den Markt bürokratisch zu kontrollieren. Ein nicht funktionierender Wettbewerb in

einzelnen Branchen kann aber nie durch staatliche Preisdekretierungen ersetzt werden, ganz im Gegenteil. Solche staatlich sanktionierten Höchstpreise führen nämlich zu einer weiteren Einschränkung des Wettbewerbs, verstärken die schon vorhandenen Konzentrationstendenzen und gefährden mithin die Arbeitsplätze. Zudem ist der Preis auch nur ein Element im ganzen Markt, weshalb staatliche Preisvorschriften unerwünschte Wirkungen in anderen Bereichen zeitigen können. Qualitätsverschlechterungen, Sortimentsverknappungen und auch schlechtere Serviceleistungen mögen die Folgen solcher staatlicher Eingriffe sein - Folgen, die dann einfach nach immer weiteren staatlichen Massnahmen bis hin zur Produktionslenkung rufen.

Nun darf aber auch festgehalten werden, dass heute in vielen Bereichen überhaupt nicht von einem fehlenden Wettbewerb gesprochen werden kann. Im Detailhandel wird er geradezu ruinös geführt, was die Volksinitiative "gegen das Lädelersterben" ausgelöst hat, die mit etwa derselben Unterschriftenzahl so ungefähr das Gegenteil der Preisüberwachungsinitiative im Bereich des Detailhandels will.

#### Schlechte Beispiele mehr als genug

Die in unserm Lande produzierten Güter stehen meistens in Konkurrenz zu entsprechenden ausländischen Produkten. Für den Konsumenten wichtig ist darum ein freier Handel über die Landesgrenzen hinweg, eine Maxime, der in der schweizerischen Aussenhandelspolitik eine zentrale Bedeutung zukommt. Nicht angewandt wird dieses Prinzip allerdings im Agrarbereich: Mit umfassenden staatlichen Einfuhr- und Preisvorschriften wird die einheimische Landwirtschaft vor übermässiger ausländischer Konkurrenz geschützt. Solche staatliche Eingriffe führen dann postwendend zu einem höheren Preisniveau und zu einem Interventionsgestrüpp.

Ein anderer Wirtschaftsbereich, in den sich der Staat intensiv eingeschaltet hat, ist die Uhrenindustrie. Mit dem Uhrenstatut sind in dieser Branche falsche Strukturen zementiert

worden, die Innovationsbereitschaft der Uhrenindustrie wurde auf diese Weise gehemmt mit dem Ergebnis, dass es früher oder später zum Kollaps kommen musste.

Die Bedenken gegenüber jeglicher staatlicher Preisüberwachung sind jedoch nicht nur ordnungspolitischer Natur. Es stellt sich vielmehr auch die Frage, ob die erklärten Ziele - eine Niedrighaltung der Preise und der Teuerung - mit dem Mittel der Preisüberwachung überhaupt erreicht werden können. Ein Nachweis, dass die Preisüberwachungsbeschlüsse von 1972 und 1975 einen effektiven Erfolg zeitigten, ist nicht erbracht. Die Argumentation mit der psychologischen Wirkung ist jedenfalls sehr gewagt und keine genügende Basis für einen neuen Verfassungsartikel, der neuen staatlichen Interventionismus bringt. Sicher: Wir haben das Beispiel des Zehn-Rappen-Krieges beim Kaffee creme erlebt, eine dennoch fragwürdige Uebung, in der sich vorab der Preisüberwacher persönlich profiliert hat.

Staatliche Preisüberwachung könnte aber durchaus das Gegenteil des erwünschten Effektes bewirken: Dass nämlich Unternehmen mögliche Preisreduktionen nicht vornehmen, weil sie Gefahr laufen würden, ihre Preise später nicht oder nicht rechtzeitig wieder erhöhen zu können. Vorsorgliche Preisanpassungen vor Inkrafttreten einer staatlichen Preisüberwachung wären ebenfalls nicht auszuschliessen. Im Falle der nur zeitweiligen Preisüberwachung müsste sich ein Preisrückstau ergeben, der raschmöglichst wieder entsprechend den Marktmöglichkeiten ausgeglichen würde. Darum ist es auch gefährlich zu glauben, eine einmal eingeführte Preisüberwachung - gemäss Gegenvorschlag - könnte zeitgerecht wieder ausser Kraft gesetzt werden. Wie laut war doch 1978, beim Auslaufen der dringlichen Preisüberwachung, der Ruf nach einer Fortsetzung dieser Uebung, obwohl sich damals die Teuerung bei einem Prozent herum bewegte.

Die schweizerische Preisüberwachung der 70er-Jahre hatte ihre Wurzeln noch in der Hochkonjunktur. Man wollte mit einem Massnahmenpaket 1972 die damalige Ueberkonjunktur dämpfen. Darum wurden neben den Preisen auch die Löhne und Gewinne in den dringlichen Bundesbeschluss miteinbezogen. Obwohl auch die Löhne ja in unserer Marktwirtschaft Preise darstellen, spricht von deren Ueberwachung heute niemand mehr. Damals waren es auch binnenwirtschaftliche Kräfte, die die Teuerung geschürt hatten. Seither hat sich die Wirtschaftslandschaft aber völlig verändert. Die gegenwärtige Teuerung ist zu einem guten Teil auf ausländische Einflüsse zurückzuführen, zum andern auf die vielen Indexautomatismen, kaum aber auf einen zu geringen Wettbewerb. Damit ist auch angedeutet, wo aus liberaler Sicht effiziente Teuerungsbekämpfung anzusetzen hat.

Die Tatsache, dass sich die Teuerung von 1972 bis 1978 drastisch verringert hatte, wird von den Initianten gerne mit der staatlichen Preisüberwachung in Zusammenhang gebracht. Hierzu wäre vorerst einmal festzustellen, dass die Teuerung noch während der Preisüberwachungsphase von rund sieben auf zwölf Prozent angestiegen ist. Es waren eben andere Gründe, die darnach einen kräftigen Teuerungsrückgang ausgelöst haben. Entscheidend war der 1973 vollzogene Uebergang zu den flexiblen Wechselkursen, der uns mehr wirtschaftspolitische Autonomie gebracht und eine Stabilitätspolitik erst ermöglicht hat. Die einsetzende Wirtschaftsrezession hat dann das ihrige zur Dämpfung der Teuerung beigetragen.

#### Symptombekämpfung genügt nicht

Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Teuerung ist nicht eine Preisüberwachung, sondern die staatliche Globalsteuerung der Wirtschaft durch eine klare Geld- und Finanzpolitik. Hier muss der Staat ansetzen, um eine gewünschte Wirtschaftsentwicklung, um Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu erreichen. Hätte unser Staat eine ähnlich überzeugende

Finanzpolitik betrieben, wie die Nationalbank glücklicherweise eine restriktive Geldpolitik durchgehalten hat, so wäre heute der eidgenössische Finanzminister seine grössten Sorgen los.

Wir müssen den Ursachen nachgehen und nicht in Symptombekämpfung machen. Darum sind Initiative und Gegenvorschlag abzulehnen. Die Bedenken gegenüber den beiden Vorschlägen sind dieselben. Im Falle des Gegenvorschlages kommt dazu, dass eine auf Zeiten hoher Teuerung beschränkte konjunkturpolitische Preisüberwachung zwangsläufig stets zu spät käme. Und die entsprechende Bürokratie wäre jeweils nur mühsam auf- und noch schwerer - wenn überhaupt - wieder abzubauen.

Der Staat kann den Unternehmen die Verantwortung für die Preisfixierung nicht abnehmen. Er kann aber auch den Konsumenten nicht davon entbinden, preisbewusst zu handeln. Ein zweifaches Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag allein ist ein Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft, die es auch heute noch wert ist, verteidigt zu werden - zum Vorteil aller, auch des Konsumenten.